

# «Man muss mit Verboten arbeiten»

**Interview zum Klimaplan von Winterthur** Michèle Bättig lobt den Klimaplan der Stadt Winterthur. Im Interview erklärt die Klimaexpertin aber auch, warum es wahrscheinlich doch einen Systemwechsel braucht.

**Delia Bachmann**

**Die Stadt präsentierte vor kurzem ihren Klimaplan. Bis 2050 soll Winterthur klimaneutral sein. Wie realistisch ist dieses Ziel?**

Es ist ambitioniert, aber machbar. Ich habe mir die Unterlagen angesehen. Winterthur hat seriöse Grundlagen erarbeitet. Und man spürt, dass der Stadtrat wirklich will. Wenn er es noch schafft, das Parlament und das Volk hinter sich zu bringen, stehen die Chancen gut. Ich persönlich finde den Klimaplan vorbildlich.

**Die Klimastreik-Bewegung fordert netto null bis 2030. Wäre auch das möglich?**

Dafür ist es eher zu spät. Wir haben jetzt 2021. In neun Jahren werden sie das Netto-null-Ziel kaum erreichen. Jedenfalls nicht für die ganze Stadt.

**Die Stadtverwaltung will bereits 2035 klimaneutral sein.**

Das scheint mir realistisch. Die Verwaltung kann direkt loslegen, ihre Gebäude sanieren oder ihren Fuhrpark umstellen. So eine Stadt wie Winterthur fängt ja auch nicht bei null an, sie hat einen Teil des Wegs schon hinter sich.

**Der Plan für die nächsten acht Jahre umfasst 54 Massnahmen. Welches sind die wirklich wichtigsten?**

Die Energieversorgung ist ein Klassiker. Die Gemeinden haben hier einen grossen Einfluss, weil ihnen meist die Werke gehören. So ist es ja auch in Winterthur mit Stadtwerk, das bereits auf einem guten Weg ist: Die Stadt baut das Gasnetz zurück und dafür die Wärmenetze aus. Gleichzeitig soll der Biogasanteil 2021 auf 30 Prozent steigen. In diesem Ausmass habe ich das bis jetzt noch nie gesehen. Weitere grosse Hebel sind die Gebäude und der Konsum.

**Sie will auch 50 Prozent mehr Solarstrom. Was nützt das dem Klima?**

Tatsächlich gibt es bei der Stromproduktion anders als etwa beim Heizen kaum CO<sub>2</sub>-Emissionen. Trotzdem ist es wichtig, die Solarenergie zu fördern. Erstens um lokal Energie zu produzieren und weniger vom Ausland abhängig zu sein. Zweitens werden etwa Wärmepumpen mit Strom betrieben, oder man fördert die E-Mobilität. Es braucht künftig also mehr Strom, vor allem wenn man die Atomkraftwerke abstellen will.

**Gibt es weitere wirksame Hebel im Klimaplan?**

Das zweite grosse Thema sind die Gebäude. Also energetische Sanierungen oder der Ersatz von alten Öl- und Gasheizungen. Was die Sanierungen betrifft, ist der Einfluss der Gemeinden beschränkt. Aktuell kann die Stadt Winterthur zwar ihre eigenen Gebäude sanieren. Sie hat aber keine rechtlichen Hebel, um private Hausbesitzer dazu zu verpflichten. Sie kann lediglich beraten und fördern. Das würde sich mit dem kantonalen Ener-



Klimaexpertin Michèle Bättig stellt dem Klimaplan der Stadt Winterthur ein gutes Zeugnis aus. Foto: Marc Dahinden

giegesetz ändern, das dieses Jahr vors Volk kommt. Eigentümer müssten ihre Häuser mit klimaneutralen Heizungen ausrüsten, wenn diese über die ganze Lebensdauer nicht mehr als 5 Prozent teurer werden als eine Ölheizung.

**Kann die Stadt ihr Ziel auch bei einem Nein zum Energiegesetz erreichen?**

Wenn das Gesetz bachab geht, wird ein anderes kommen. Die Kantone haben sich bereits vor sieben Jahren auf Mustervorschriften geeinigt. Diese gilt es umzusetzen, auch vom Kanton Zürich.

**Und was ist mit dem CO<sub>2</sub>-Gesetz auf Bundesebene?**

Auch hier wäre ein Ja wichtig. Das alte CO<sub>2</sub>-Gesetz läuft aus und muss ersetzt werden. Die beiden Gesetze schaffen Klarheit. Sie unterstützen die Gemeinden auf ihrem Weg. Es ist einfacher, wenn Bund und Kantone einen Rahmen vorgeben.

**Ist der politische Rahmen für das Netto-null-Ziel bis 2050 mit den beiden Gesetzen also gut genug?**

Grundsätzlich ja. Bei der Mobilität könnte der Bund aber schon mehr machen.

**Sie ist der dritte Schwerpunkt im Klimaplan.**

Die Mobilität zahlt ihre Kosten für den Klimaschutz nicht. Es gibt zwar eine CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Brennstoffe, nicht aber auf Benzin. Bei einem höheren Preis für Treibstoff würden die Leute vielleicht Elektroautos statt konventionelle Autos kaufen oder sich das Carsharing überlegen. Der Bund müsste hier den politischen Rahmen anpassen. Ich finde es darum toll, dass Winterthur nicht nur Fuss- und Velowege

fördert, sondern sagt: Wir wollen zur 5-Minuten-Stadt werden.

**Wie lebt es sich denn in einer 5-Minuten-Stadt?**

Man ist zu Fuss, mit dem Velo oder dem ÖV in weniger als fünf Minuten beim Posten, beim Arzt oder bei der Arbeit. Das Auto wird im Alltag überflüssig, was wohl auch der Hintergedanke ist. Das bringt eine neue Lebensqualität in die Stadt.

**Damit das klappt, muss sich aber mehr ändern als nur der Verkehr.**

Ich gehe auch davon aus, dass die Stadt eine Quartierplanung machen will. Dann braucht es wieder kleinere Strukturen: ein Läden, eine Apotheke, ein Arzt, eine Bäckerei. Ich finde es schön, dass sie das Quartierleben stärken wollen. Diesen Trend sieht man auch auf dem Land. In den letzten Jahren sind viele Läden verschwunden. Nun versuchen viele Gemeinden die Läden zurückzuholen, damit die Leute wieder im Dorf einkaufen können.

## Der Klimaplan in Kürze

Vor zwei Wochen stellten Katrin Cometta (GLP), Christa Meier (SP) und Stefan Fritschi (FDP) die neue Klimapolitik der Stadt vor. Der Plan skizziert die erste Etappe bis 2028 auf dem Weg zu netto null Emissionen von Treibhausgasen bis 2050. Er sieht 54 Massnahmen in vier Themenfeldern vor: Energie, Gebäude, Mobilität und Konsum. Mit seinem Klimaplan setzt der Stadtrat die Motion «Netto null Tonnen CO<sub>2</sub> bis 2050» um, die der Grosse Gemeinderat im Juli 2019 überwies. In den Plan flossen auch Vorschläge aus der Bevölkerung ein. So lud die Stadt Vertreter des KMU-Verbands, der Bau- und Wohngenossenschaften oder der

**Mit dem Konsum im Klimaplan betritt die Stadt Neuland.**

Das hat mit dem Netto-null-Ziel und der weiteren Systemgrenze zu tun. Bei den internationalen Klimaverträgen gilt die IPCC-Grenze – das Territorialprinzip: Nur die innerhalb der eigenen Grenzen ausgestossenen Treibhausgase fließen in die CO<sub>2</sub>-Bilanz. Bei der 2000-Watt-Grenze kommen noch die Vorleistungen dazu. Etwa der Treibstoff, den es für den Import von einer Tonne Treibstoff braucht. Bei netto null zählen schliesslich die Emissionen von allem, was wir konsumieren, dazu.

**Beim Konsum geht es um das Verhalten. Und Verhaltensregeln sind politischer Sprengstoff.**

Ja, genau. Wie will der Staat die Leute dazu bringen, weniger Fleisch zu essen, möglichst auf das Fliegen zu verzichten oder auf kleinerem Fuss zu leben? Das sind extrem heikle Themen. Niemand will den Leuten vorschreiben, wie viele Hosen sie kaufen

dürfen. Beim Konsum gibt es noch nicht viele erprobte Massnahmen. Es ist mir noch nicht klar, wie man das schaffen will.

**Die Stadt will etwa Handwerker dazu animieren, auf ein Cargo-bike umzusatteln. Wie könnte das gehen?**

Wahrscheinlich braucht es ein paar Idealisten unter den Handwerkern als Vorreiter. Und dann muss es auf dem Velo auch genug Platz für das Material haben.

**Ob der Plan gelingt, hängt also auch stark von den Einzelnen ab.**

Ja, darum ist es gut, dass es eine Abstimmung gibt. Schliesslich muss jeder einen Beitrag leisten. Allein schafft es die Stadt nicht. Es fängt schon damit an, wie oft wir im Winter das Fenster offen stehen lassen.

**Gerade beim Konsum greift der Staat stark in den Alltag ein. Funktioniert das nur so, oder gibt es auch liberale Ansätze?**

Es würde besser funktionieren mit liberalen Ansätzen, wenn wir mehr davon hätten. Mit einer CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Treibstoff etwa würden sich viele Probleme von allein lösen. Es würde sich nicht mehr lohnen, so viele Waren über weite Distanzen zu transportieren. Doch solange es diese Abgabe nicht gibt, ist die weniger ökologische Variante – mit langen Transportwegen – zu günstig. Wir wissen seit vierzig Jahren vom Klimawandel. Und wir haben zu wenig, viel zu wenig gemacht bis jetzt. Allein mit Förderung und Beratung geht es nicht. Wenn Instrumente wie eine Lenkungsabgabe auf Treibstoffe verhindert werden, erreicht man ehrgeizige Klimaziele nicht. Ich kam darum zur Erkenntnis, dass man mit Verboten arbeiten muss, um zum Ziel zu kommen.

## Zur Person

Michèle Bättig (47) studierte Umweltwissenschaften an der ETH Zürich. Die Umweltberaterin arbeitet mit ihrer Standpunkt21 GmbH in Zürich für diverse Gemeinden, Kantone und den Bund. Sie entwickelt, leitet und begleitet Projekte in den Bereichen Energie, Klima und Nachhaltigkeit und berät Gemeinden auf dem Weg zum Label Energiestadt. Für die Grünliberalen sass Bättig im Kantonsrat.

**Wäre beim Klimaplan mehr möglich gewesen?**

Von 450 Vorschlägen schafften es 54 in den Massnahmenplan. Man kann immer mehr machen, aber es wäre auch teurer und aufwendiger geworden. Für netto null bis 2030 hätte die Stadt jetzt zu den Leuten gehen und sie dazu bringen müssen, ihre Häuser in den nächsten neun Jahren zu sanieren.

**Dies müssen sie jetzt aber bis 2050 tun.**

Ja, aber man gibt den Leuten mehr Zeit. Begleitend setzt die Stadt auf Förderprogramme und Beratung. Das Ziel ist aber immer noch ambitioniert.

**Auch Kampagnen zur Sensibilisierung der Bevölkerung sind eine Massnahme. Braucht es das wirklich noch?**

Ja, weil wir immer einen Schritt weiter gehen. Die Leute wissen, dass es den Klimawandel gibt und dass dieser zum Problem wird. Nun muss man sie dafür sensibilisieren, ihren Konsum zu ändern. Das ist eine ganz andere Geschichte. Es braucht Vorbilder und eine Stelle, an die man sich mit seinen Fragen und seiner Skepsis wenden kann.

**Eine Forderung des Klimastreiks ist ein Werbeverbot. Was ist davon zu halten?**

Mit weniger Werbung nimmt man in Kauf, dass es weniger Wachstum gibt. Denn es wird nicht mehr so viel verkauft. Unser ganzes Sozial- und Rentensystem beruht aber darauf, dass unsere Wirtschaft wächst. Bereits bei einem Nullwachstum wären unsere Renten nicht mehr finanziert. Da kommen wir in eine ganz andere Diskussion über einen Systemwechsel zur Postwachstumsgesellschaft.

**Glauben Sie, der Klimawandel kann im jetzigen System aufgehalten werden, oder braucht es einen Wechsel?**

Das ist eine schwierige Frage. Am Schluss braucht es wohl einen Systemwechsel, aber im Moment ist die Gesellschaft dazu nicht bereit. Es gibt ja auch gar keinen Konsens, wie dieser Systemwechsel aussehen müsste. Darum glaube ich, dass ein Massnahmenplan, wie ihn Winterthur hat, ein Schritt in die richtige Richtung ist. Es kann aber gut sein, dass wir an einer Zeitenwende stehen.

**Eine Zeitenwende?**

Diese Massnahmen sind auch eine Chance auf mehr Lebensqualität, ein ruhigeres, grüneres und lebendigeres Quartier, mehr lokale Wertschöpfung. Wir sind auf einem guten Weg, vielleicht kommt der Systemwechsel dann automatisch.